Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

«SPLENDID ISOLATION» FRANKREICHS

Mitte Januar hat die europäische Integrationspolitik einen ihrer dramatischen Höhepunkte erreicht. Während die Unterhändler der EWG und der britischen Regierung in Brüssel erneut den Faden der zähen, langwierigen Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufnahmen, verkündete Präsident de Gaulle in einer Pressekonferenz im Elysée seine Abneigung gegen den britischen Beitritt und gegen eine Erweiterung der Sechsergemeinschaft überhaupt. Am übernächsten Tag erschien der französische Außenminister Couve de Murville in Brüssel mit dem Auftrag, den Beitrittsverhandlungen mit einer Vertagung *sine die* ein Ende zu setzen. Im Augenblick, da dieser Bericht verfaßt wird, haben die fünf Partner Frankreichs in der EWG — Bundesrepublik Deutschland, Italien und Benelux-Staaten — einen Aufschub des Entscheids erreicht, dem für die weitere Integration Europas schicksalhafte Bedeutung zukommt.

De Gaulles Europapolitik

De Gaulles Veto in der EWG setzt endlich dem Rätselraten um die französische Integrationspolitik ein Ende. Offensichtlich hatten die Widerstände, die Paris bisher in die Beitrittsverhandlungen eingeschaltet hatte, nicht genügt, um Großbritannien von seinem Willen, sich Europa anzuschließen, abzubringen; es blieb nur, eindeutig gegen die Erweiterung der EWG Front zu machen. Der Widerstand läßt nun erkennen, daß für den General nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe den Ausschlag geben. Frankreich will seine starke Stellung innerhalb der Sechsergemeinschaft wahren. Ein britischer Beitritt würde das Frankreich de Gaulles um diese Vorzugsstellung bringen, indem nicht nur das wirtschaftlich-politische Potential Großbritanniens, sondern auch die USA verstärkt Einfluß auf die Gemeinschaft gewinnen würden. Washington hat im Interesse der politischen Stabilisierung der EWG den «Grand Design» seiner Außenhandelspolitik auf der Voraussetzung des britischen Beitritts aufgebaut. Diesen großen Plänen für eine Atlantische Gemeinschaft, die über der NATO und dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Staaten beidseits des Nordatlantik aufgerichtet werden soll, ist nun durch de Gaulles Nein ein schwerer Schlag versetzt worden. Die Erschütterung des Vertrauens, das allein diesem Zusammenschluß Kraft und Halt zu geben vermag, kann nur mit viel gutem Willen wieder behoben werden.

Dilemma für Bonn

De Gaulle versucht sich in seiner Europapolitik auf die Mitwirkung Adenauers zu stützen — die beiden großen alten Männer haben im vergangenen Jahr die Verständigung ihrer Völker und den Erfolg ihrer Politik gefeiert. Für Adenauer ist im System der außenpolitischen Orientierung nach Westen die *deutsch-französische Versöhnung* eine zentrale Stütze. Immer wieder hat der Bundeskanzler bewiesen, daß er diesen Pfeiler schonen und keinen gefährlichen Belastungsproben aussetzen will. Die deutsch-französische Zusammenarbeit, die durch Adenauers Besuch in Paris und die Unterzeichnung eines Vortrages über Zusammenarbeit dieser Tage neu bekräftigt worden ist, hat für beide Partner ihre Vorteile. Adenauer ist zu Konzessionen an de Gaulle bereit, um diese Entente nicht zu gefährden. De Gaulle seinerseits hat etwa

in seiner Ablehnung von Sondierungsgesprächen über Berlin den Standpunkt Adenauers unterstützt, der selber den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen kritisch gegenüberstand, aber seiner Skepsis nicht im selben Maße praktisch Nachdruck verschaffen konnte.

Für Bonn ist aber das *Vertrauensverhältnis zu Washington*, dem Machtzentrum des freien Westens, mindestens ebenso wichtig wie die gute Nachbarschaft mit Frankreich. Die Beziehungen mit den USA waren freilich seit John Foster Dulles' Tod starken Schwankungen unterworfen, was sich etwa in der Vertrauenskrise nach der Errichtung der Berliner Mauer zeigte. Während Adenauer sich nun nach der Pressekonferenz de Gaulles in Schweigen hüllte, gab Außenminister Schröder in Brüssel eine Erklärung für die Einbeziehung Großbritanniens in die EWG ab. Auch der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten und die Fraktionen in Bonn sprachen sich für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft aus. Der Zwang zur Alternative Paris-Washington droht. Die selbstgewählte Isolierung Frankreichs, in die de Gaulle durch eine französische Großmachtpolitik gerät, könnte auch die Bundesrepublik isolieren. Vielerorts in Bonn ist man gewillt, die Zusammenarbeit mit Frankreich nur so weit zu treiben, wie sie der allgemeinen Integration Westeuropas zugute kommt.

Die Fünf gegen de Gaulle

Wie tief dieses Dilemma reicht, wird sich in der EWG zeigen, wo der Einspruch de Gaulles nun Frankreich von seinen fünf Partnern getrennt hat. Die Niederlande nehmen, wie schon früher, in der Frage der Schaffung politischer Institutionen für Europa einen Paris entgegengesetzten Standpunkt ein. Die Kleinstaaten des Benelux versprechen sich ja vom Beitritt Großbritanniens ein Gegengewicht gegen die Gefahr einer deutsch-französischen Hegemonie. Die bevorstehenden Besuche Kennedys in Bonn und Rom sollen die vermittelnde Funktion der beiden Staaten in der EWG stärken; daneben geht es bei diesen Besuchen in erster Linie um die Schaffung einer multilateralen Nuklearmacht der NATO. Fanfanis Besuch in Washington im Januar stand schon in diesem Zeichen. Die Basen für «Jupiter»-Lenkwaffen in Italien sollen übrigens abgebaut werden, weil sie technisch überholt und allzu verletzlich sind, und durch die beweglichen «Polaris»-Unterseeboote ersetzt werden. Fanfani, der im Weißen Haus Komplimente für seinen Linkskurs der *Apertura a sinistra* erhielt, kann von diesem Abbau militärischer Stützpunkte in den Parlamentswahlen wohl günstigen Gebrauch machen.

Gegensätze der NATO-Strategie

De Gaulle wandte sich in seiner Pressekonferenz nicht nur gegen Englands Beitritt zur EWG, sondern lehnte auch das amerikanische Angebot von *Polaris-Raketen* ab. Dieser Vorschlag, den Kennedy und Macmillan vor Weihnachten auf den Bahamas ausgearbeitet hatten, setzt einerseits einen Schlußpunkt hinter die Pläne für eine selbständige britische Nuklearmacht; er baute aber anderseits Frankreich eine Brücke zu nuklearer Zusammenarbeit mit den USA, unter gleichzeitigem Verzicht auf das ehrgeizige Projekt einer *Force de frappe*. De Gaulle will auch hier seinen eignen Weg konsequent weiter gehen, der nach den sarkastischen Worten Lord Gladwyns, des früheren britischen Botschafters in Paris, zu folgendem Ziel führt: «Wie de Gaulle es sieht, wird das neue karolingische Reich auf einer französischen Force de frappe beruhen, deren Druckknopf sich im Elysée befände — wobei zu sagen ist, daß es nichts anderes als das Signal für die augenblickliche Auslöschung Frankreichs wäre, wenn dieser Druckknopf jemals gegen eine andere Nuklearmacht betätigt werden sollte» (NZZ Nr. 211, 18. 1. 1963).

Dean Acheson hat in einem Aufsatz in der Januarnummer 1963 von «Foreign Affairs» nicht nur den Plan einer nationalen, sondern auch einer europäischen Kernwaffe als Verschwendung verurteilt: «Eine von Europa hergestellte Kernstreitmacht wäre ein tragischer Mißbrauch von Mitteln, die entscheidend sind, um Grundelemente der

Verteidigung zu schaffen» (Vol. 41, Nr. 2, S. 257). Großbritannien sei es in all den Jahren gelungen, eine Nuklearmacht zu schaffen, die nur etwa zwei Prozent von jener der USA entspreche. Henry A. Kissinger, ein anderer Berater Präsident Kennedys, beurteilt in der gleichen Nummer der amerikanischen Zeitschrift das europäisch-amerikanische Nuklearverhältnis weniger pessimistisch (vgl. S. 277f.). Nach seiner Auffassung wäre eine europäische Kernstreitmacht allein angesichts der Sowjetunion zwar nicht entscheidend, könnte aber zusammen mit den USA die Sowjetmacht schwächen und so über ihre eigentliche Stärke hinaus abschreckend wirken. Kissinger meint, daß nationale Kernwaffen in Europa in erster Linie dafür gedacht seien, auf die amerikanische Planung Einfluß zu nehmen.

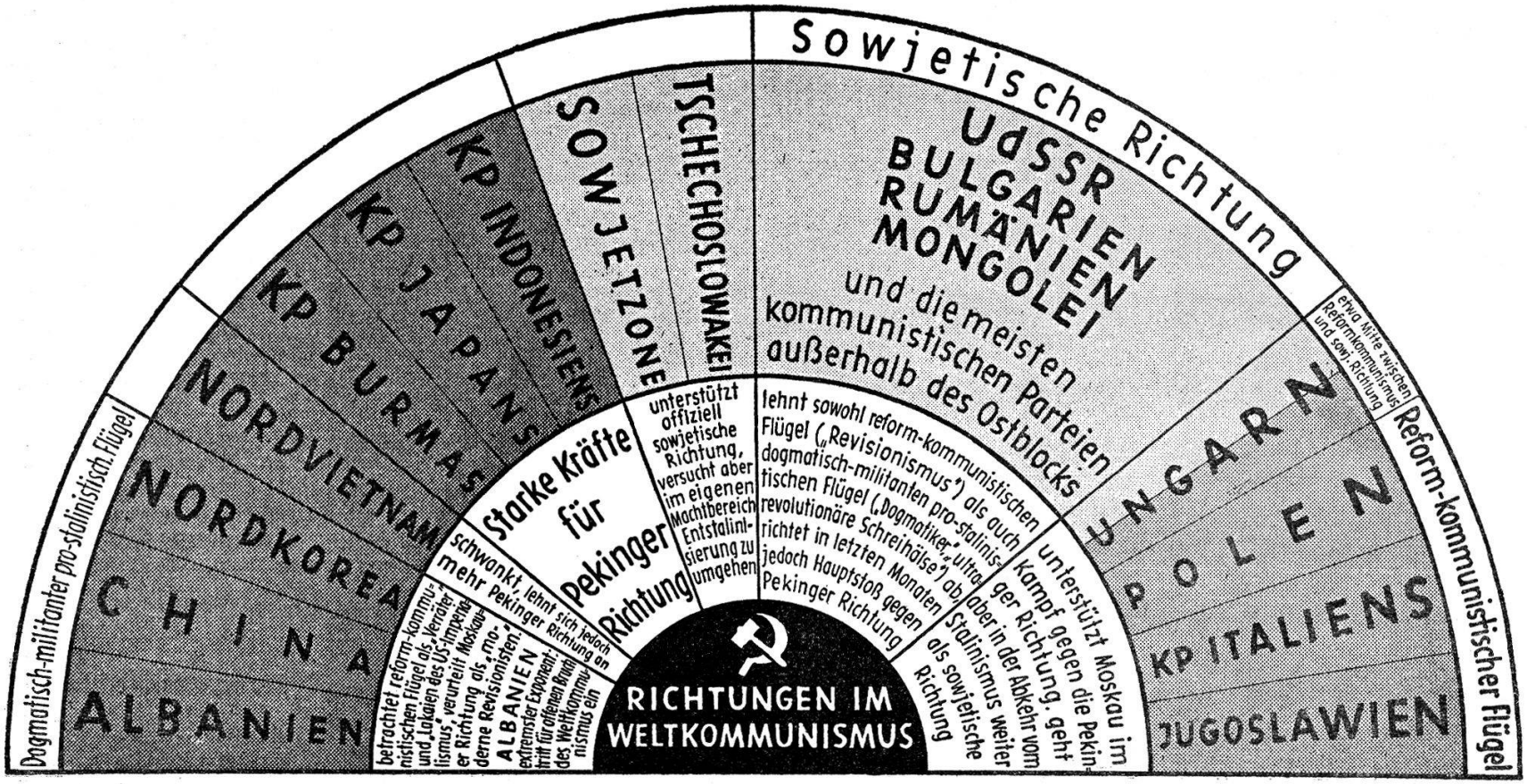
Die beiden Aufsätze sind vor Ausbruch der britisch-amerikanischen «Skybolt»-Kontroverse und des Kompromisses im «Polaris»-Angebot geschrieben worden, aber die Argumente bestätigen erneut, wie gefährlich ein anachronistisches nationalstaatliches Denken auf dem Felde dieser Superwaffen ist. De Gaulle, der seit 1958 so manche Abgründe überwunden hat, drohen hier Irrwege — abgesehen davon, daß seine Politik die gesamte Bündnispolitik in einen Scherbenhaufen verwandeln kann.

Ende der Sezession des Katanga

Im Dezember setzten die UN-Streitkräfte zu ihrer dritten Runde gegen den Katanga an, und Mitte Januar kapitulierte Präsident Tschombé, indem er das Ende der Sezession und die Bewegungsfreiheit für UN-Truppen im ganzen Katanga ankündigte. Zusammen mit den Blauhelmen zog er in die Stadt Kolwezi ein. Tschombé, in der Linkspropaganda als Popanz des «Neokolonialismus» verschrieen, ist zwar nicht völlig geschlagen; aber die Massierung der UN-Kontingente, deren Kommandanten zum Teil eigenmächtig ohne Befehl aus New York den Vormarsch fortsetzten, und der Transport von Flugzeugen voller Beamter der kongolesischen Zentralregierung nach Elisabethville wird den Spielraum des schlauen Politikers einengen. Dazu kommt die Gefahr, daß die *Union Minière*, das wirtschaftliche Rückgrat der reichen Provinz, in Auflösung gerät, die Produktivität sinkt und die wirtschaftlichen Mißstände nach dem traurigen Exempel anderer zerrütteter Kongoprovinzen jene Einkünfte schmälern, durch die man den Staat zu sanieren hofft. Trotzdem ist Tschombé für die Stabilisierung des Katanga vielleicht unentbehrlich geworden; er ist populär und hat eine Partei hinter sich.

Die Gründe für die Aktion der UN, hinter der die USA stehen, sind bekannt: der Katanga habe Geld in Fülle, ohne daß er der Zentralregierung beistehe, die völlig auf UN-Gelder angewiesen bleibe; die Regierung Adoula in Léopoldville sei schwach, und der drohende Linkskurs könne nur abgewehrt werden, indem man durch den Einbau des Katanga den Prozeß der Entkolonisierung fortführe. Vor bald drei Jahren machte das Vakuum in der einstigen belgischen Kolonie und der Beginn der kommunistischen Infiltration die Intervention der UN notwendig. Immer mehr verwickelte sich die Weltsicherheitsorganisation in die kongolesische Innenpolitik, in den Streit um Föderalismus und Zentralismus. So führte sie in diesen Wochen erneut Krieg im Katanga. Dazu haben Dilettantismus und die Einmischung vielfältiger Interessen ihrem Ansehen geschadet. Die UN-Aktion im Kongo hat nichts von dem großen Risiko ihrer Verstrickung in gefährliche Widersprüche verloren. Die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit im Katanga wird ein neuer Prüfstein für die Weltorganisation und ihre hohen Funktionäre sein. Auch wenn die Regierung Adoula an Prestige gewinnt, ist der Tag noch nicht gekommen, an dem die Soldaten und Funktionäre der UN das Land verlassen können, das nun wieder zu einer Einheit zusammengefügt worden ist.

Picus



Tendenzfächer des Weltkommunismus. So sieht Wolfgang Leonhard das ideologische Spektrum des Ostens
(Leicht verkleinerte Zeichnung, erschienen in der Wochenzeitung «Die Zeit», Hamburg, Nr. 52, 28. 12. 1962)

An der Schwelle eines Wahljahrs

Das Schweizervolk hat im eben begonnenen Jahr die Volkskammer der Bundesversammlung und in manchen Kantonen auch das kantonale Parlament neu zu bestellen. Wahlen sind Marksteine im Leben der Demokratie. Der Bürger hat es in der Hand, sie zu Manifestationen seiner Zustimmung zum Stand der Dinge oder aber zum Ventil seiner Unzufriedenheit zu machen. Wahlen sind Weichenstellungen und damit Höhepunkte des politischen Geschehens. Sind sie aber auch noch Höhepunkte im öffentlichen Bewußtsein?

Die Frage ist berechtigt in einer Zeit, da die Zahl der kühl distanzierten Zaungäste auf der politischen Bühne immer mehr zunimmt und es immer schwerer hält, auf den Wahllisten die Namen der wirklich Besten und Wägsten zu vereinigen. Der parlamentarische Alltag vermag die Gemüter kaum noch zu erhitzen. Der parteipolitische Gegner ist zum Gesprächspartner in Sachfragen geworden. Auf dem Hintergrund dieser im Vergleich zu den zwanziger und dreißiger Jahren geradezu idyllisch anmutenden Atmosphäre ist es nicht immer einfach, im Vorfeld der Wahlen die ideologischen Gegensätze in einer für die weitere Öffentlichkeit glaubhaften Weise zu reaktivieren. Mancher Wahlspruch, der früher als Ausdruck echter Überzeugung erschienen ist, steht nun im Geruch, ein bloßer Regieeinfall der Wahlkampfmanager zu sein. Und dabei hallt dann manchem Bürger der Spruch jenes schweizerischen Reklamefachmanns im Ohr, der sich anheischig machte, für einen fixen sechsstelligen Betrag jede Abstimmungskampagne zum gewünschten Ziel zu bringen. Die Modernisierung der Wahlkampfmethoden macht die Wahlen auch nicht anziehender, weder für den Wähler noch für den Kandidaten.

So besteht also kein Mangel an plausiblen Gründen, um die politische Absenz zu entschuldigen. Und doch verlieren sie allesamt ihre Stichhaltigkeit, wenn man sich den Sinn der Wahl recht vor Augen führt. Freie Wahlen sind das Fundament der Demokratie, jener politischen Organisationsform also, mit deren Schicksal wir auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Vor diesem Tatbestand verblassen alle Vorbehalte gegenüber den Methoden der Selektion und der Praxis der Regierung. Jedes System ist seinem Wesen nach notwendig unvollkommen, und bei jeder Wahlart schlüpfte von jeher auch die eine oder andere taube Nuß mit durch, um ein Wort Gottfried Kellers in seiner Kalendergeschichte «Der Wahltag» zu gebrauchen. Es gibt immer auch «Zehenstrecker» unter den Gewählten, Methode hin oder her. «Denn das Volk will zuweilen auch solche Käuze haben: es sorgt stets für die Mannigfaltigkeit und Vollzähligkeiten der Gestalten auf seinem Schachbrette.»

Was aber die Zusammenstellung der Wahllisten betrifft, so darf an die Adresse potentieller Kandidaten wie der Wähler vielleicht doch auch einmal gesagt werden, daß es keine Schande ist, auf der Strecke zu bleiben. Wahlen haben nur dann einen Sinn, wenn der Bürger auswählen kann. Und sie werden ihren Zweck um so eher erfüllen, je besser diese Auswahl ist. Bei unserem Wahlsystem ist der «Verschleiß» von Kandidaten besonders groß. Doch auch dieser vermeintliche Verschleiß ist sinnvoll, dann nämlich, wenn die Wahlliste als Ehrenliste jener aufgefaßt wird, die zum Dienst an der Öffentlichkeit bereit sind und die sich aus tiefer Überzeugung mit diesem Staatswesen identifizieren.

Amerikanisierung der Schweizer Presse?

Mit dem Jahreswechsel haben einige Zeitungen ihr Gesicht von Grund auf verändert. Sie tragen damit einer Entwicklung Rechnung, die von den meisten Verlegern anscheinend für unabwendbar und endgültig gehalten wird. Die Veränderung wird mit dem Bedürfnis der Leser nach rascher Übersicht über die Neuigkeiten begründet. Das ist gewiß ein legitimes Verlangen in unserer gehetzten Zeit, und ebenso legitim ist es wohl, wenn die Zeitungen diesen Wünschen

in angemessener Form entgegenzukommen suchen. Das braucht nicht zum vorneherein auch eine Veränderung in der Substanz zu bedeuten. Auch ein Boulevardblatt kann eine seriöse Zeitung sein.

Trotzdem können wir uns eines leisen Unbehagens nicht erwehren. Wie überall besteht auch hier ein innerer Zusammenhang zwischen Form und Inhalt. Das ist gerade im Fall der Schweizer Presse besonders bedeutsam. Sie ist politisch engagiert, selbst wenn sie parteipolitisch neutral ist. Sie ist sich mit andern Worten ihrer wichtigen Rolle als unentbehrliche Informationsquelle für den Staatsbürger bewußt. Sie will ihm helfen, seine bürgerlichen Pflichten besser zu erfüllen. Worin bestehen aber anderseits die Modernisierungen? Es werden auf der ersten Seite für Verkehrsunfälle oder Eishockeyniederlagen ebenso wie für Chruschtschewreden oder Raketenerfolge Balkenüberschriften verwendet, sofern die betreffenden Nachrichten als Blickfang für bestimmte Leserkreise als geeignet erscheinen. Maßgebend für die Plazierung einer Information ist mit andern Worten nicht mehr ihr Gehalt und ihre Bedeutung im Rahmen eines politisch orientierten Gemeinwesens, sondern der Sensationswert.

Nun wird niemand behaupten wollen, daß eine Redaktion mit der Änderung der Grundsätze für die äußere Gestaltung des Blattes auch ihre politische und sittliche Wertskala von einem Tag auf den andern umstülpen werde. Es wird aber anderseits einiger Standfestigkeit bedürfen, um sie auf die Dauer nicht doch in den Sog jener Wertung nach Gesichtspunkten der Leserneugier geraten zu lassen. Und die erzieherische Funktion der Presse, bei der Wahrung der objektiven Wertskalen mitzuhelfen, wird auf diese Weise doch wohl entscheidend gestört, wenn nicht überhaupt fallen gelassen. Wer führt wen? Das ist die Frage, die sich hier stellt. Sollen sich die Zeitungen ganz nach den Wünschen des Konsumenten ausrichten und damit ihrer historisch begründeten staatspolitischen Rolle allmählich untreu werden? Sind wir hier nicht im Begriff, Dämme einzureißen, die kaum zu ersetzen sein werden?

Tanz der Millionen?

Dieses Stichwort fiel im Zusammenhang mit der Beratung des Straßenbauprogrammes im Kanton Zürich. 1243 Millionen Franken werden die hundert Kilometer Nationalstraße nach gegenwärtiger Schätzung kosten. Und der Baudirektor erklärte in diesem Zusammenhang, der Staat Zürich mache fast jede Woche einen Bauern zum Millionär. So wie der Franken dem einzelnen nichts mehr zu bedeuten scheint — das Weihnachtsgeschäft zeichnete sich nach Angabe des Detailhandels dadurch aus, daß nur das Teuerste gut genug war —, so scheint die Million für die öffentliche Hand zur Bagatelle zu werden. In der Stadt Zürich bewilligte der Souverän fast vier Millionen für den Bau einer Jugendherberge — soweit diese Bezeichnung bei solchen Beträgen noch angemessen ist. Und Landschulhäuser werden mit eigenen Schwimmbecken ausgestattet.

Nichts gegen Einrichtungen, welche die Jugend zu gesunder Betätigung anregen! Hat es aber nicht doch etwas Stoßendes, wenn diesen luxuriösen Blüten des Wohlstandes rund um die wirtschaftliche Metropole der Schweiz Meldungen wie diese gegenüberstehen: «An die Kosten der Korrektion des Hasel- und des Wattbaches in den Gemeinden X und Y hat der Bundesrat dem Kanton Zürich einen Bundesbeitrag bewilligt.»!? Niemand wird klaren Sinnes dem Stande Zürich seinen Reichtum verübeln. Auch die übrige Schweiz profitiert schließlich davon. Man weiß zudem, daß es eidgenössischer Brauch ist, den Spendern einen Teil ihrer Zuschüsse an die gemeinsame Kasse in Form von Subventionen wieder zurückzuerstatten, um sie bei Geberlaune zu erhalten. Irgendwie verzerren sich hier aber die Proportionen. Während sich die Region Zürich zur perfektionierten Industrielandschaft entwickelt, in der selbst Bauern zu Millionären werden können, wenn ihr Land günstig liegt, kämpfen in unsern Bergtälern die Gemeinden darum, die lumpigen paar tausend Franken für die nötigen Straßenkorrektionen zusammenzubringen, ohne daß der Steuerfuß noch weiter steigt und auch die letzten steuerkräftigen Einwohner noch

zum Tal hinaustreibt. Und im bündnerischen Münstertal versuchen die 58 Bauern der Gemeinden Tschierv und Fuldera vergeblich, die restlichen 20 000 Franken zu mobilisieren, um der durch die Erosion des Rombachs und seiner Nebenflüsse verursachten Naturschäden Herr zu werden. Man spricht immer wieder in schönen Worten von der eidgenössischen Solidarität. Und tatsächlich spielt sie auch zumindest dann, wenn ein ganzes Dorf abbrennt oder wenn die Lawinen für einmal nicht fünf, sondern fünfzig Menschen begraben. Für das schleichende Elend, die zermürbende Armut in alltäglichen Raten aber bringt die Öffentlichkeit sehr viel weniger Interesse auf. Professor Fritz Marbach hat kürzlich in einem Artikel die Frage gestellt, warum man nicht zuerst im eigenen Lande Unterentwickeltenhilfe betreibe. Sie ist berechtigt. Wir sollten sie beherzigen.

Gigantomanie im Kraftwerkbau?

Man hat es in diesem wasserarmen Winter wieder besonders deutlich zu spüren bekommen: die inländische Energieproduktion reicht nicht aus. Neben der schwarzen müssen wir auch weiße Kohle einführen, um unsere Elektrizitätswirtschaft vor dem Fiasko zu bewahren. Also gehen die Gesellschaften hin und suchen das Letzte aus unsern Flüssen und Bächen herauszuholen. Nur zu oft setzen sich dabei auch die betroffenen Gemeinden über die Bedenken des Heimatschutzes und der Grundwasserexperten hinweg, weil die «Kraftwerkgemeinden» erfahrungsgemäß rasch in die Kategorie der «Steuerparadiese» aufrücken und der elementarsten finanziellen Sorgen auf einen Schlag enthoben sind.

Im Berner Oberland allerdings haben die Dinge für einmal einen andern Verlauf genommen. Die «Bernischen Kraftwerke» (BKW) rückten im Herbst mit einem Projekt heraus, nach dem die herrlich strudelnden Wasser des Engstligentals unterhalb Adelboden, des Kandertals unterhalb Kandersteg, des Kientals und des Suldtals einerseits sowie der weißen Lütschine im Lauterbrunnental anderseits je auf etwa 1100 m ü. M. gefaßt und in eine große Zentrale in Därligen geleitet würden. Damit laufen einige unserer schönsten Alpentäler, die als traditionelle Feriengebiete Ungezählten Erholung gewähren, Gefahr, landschaftlich zu verarmen und darüber hinaus um ihren ausbalancierten Wasserhaushalt geprellt zu werden. Nach hitzig verlaufenen Protestversammlungen ist nun die Bildung eines Ausschusses aller Interessenten in Aussicht gestellt worden, der den unvermeidlichen «eidgenössischen Kompromiß» aushandeln soll.

Interessenkollisionen

Aber hier liegt nun ein zweiter Haken vor, der in einer Zeit, da die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen auf einzelnen Gebieten immer mehr als «salomonische Lösungen» Anklang finden, in verschiedenen Bereichen und Regionen mehr oder minder deutlich spürbar wird und daher allgemeines Interesse beansprucht: der Regierungsrat des Kantons Bern ist einerseits Verwaltungsratsmitglied der BKW und erteilt anderseits die Wasserkonzessionen. Niemand wird den wackeren bernischen Regierungsräten böswillige Interessenschiebungen nachreden wollen. Wird aber ihre staatsmännische Verantwortung in einem solchen Fall nicht doch über Gebühr strapaziert? Sind sie tatsächlich in der Lage, das allgemeine öffentliche Interesse und das sehr spezielle der BKW gleichzeitig auf bestmögliche Art zu vertreten? — Nochmals: die kritischen Zweifel richten sich nicht gegen die hier betroffenen Persönlichkeiten und ihre Qualitäten, sondern gegen ein System, das auf diese Weise gegen eine der bewährtesten, aber immer häufiger durchbrochenen Regeln der Demokratie verstößt, wonach die Gewalten aufzuteilen sind und verschieden gelagerte oder gar potentiell gegensätzliche Interessen nicht durch ein und dieselbe Person oder Körperschaft rechtlich vertreten werden sollten. Hier liegt ein Ansatz zu jener Verfilzung der Interessen vor, die eine schleichende, an die Substanz greifende Seuche der Demokratie im Industriezeitalter darstellt.

Spectator